

Sicherungsverfilmung

Landesarchiv Berlin

# **Preußische Akademie der Künste**

**Band:**

**AA / 24**

**- Anfang -**

Vereinigte Staatsschulen  
für freie und angewandte  
Kunst

PrAdK

Akademie der Künste, Archiv  
Preußische Akademie der Künste

AA/24

PREUBISCHE AKADEMIE DER KÜNSTE

Teilnachlaß Alexander Amersdorffer

Vereinigte Staatsschulen für freie und angewandte Kunst

---

---

---

Laufzeit: 1922 - 1924

Blatt: 24

**Signatur: AA/24**

# DER KUNSTWANDERER

Herausgeber: Adolph Donath

1. Februarheft

Jahrgang 1922

## Die Reform des künstlerischen Bildungswesens

von

Wilhelm Waackholdt

Die Gründe, die eine Reform auf dem Gebiete des künstlerischen Bildungswesens notwendig machen, sind die folgenden: die Entwicklung der künstlerischen Unterrichtsanstalten im 19. Jahrhundert hat die Erziehung zur Kunst immer mehr den gesunden handwerklichen Grundlagen entfremdet. Dazu kommt, daß die scharfe Trennung der Kunstlehranstalten in solche für freie Kunst (Kunstakademien) und solche für angewandte Kunst (Kunstgewerbeschulen) eine Erziehung der Jugend zu künstlerischen Spezialisten zur Folge hat, die unter den für Künstler heute besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen Gefahr laufen, das sogenannte „Künstlerproletariat“ zu vermehren. Die organisatorische und verwaltungstechnische Zersplitterung des künstlerischen Bildungswesens in Preußen schließlich führte zu unrationeller Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel. So sind einerseits empfindliche Lücken in den handwerklichen und künstlerischen Ausbildungsmöglichkeiten geblieben, andererseits Doppeleinrichtungen und Konkurrenzunternehmungen einzelner Lehranstalten entstanden.

Kunstpädagogische, volkswirtschaftliche und staatsfinanzielle Erwägungen lassen demnach eine Reform des Kunstschulwesens als eine der dringendsten Aufgaben der Preußischen Kunstverwaltung erscheinen.

Das Ziel der Reform wird der organisatorische Zusammenschluß der verschiedenen Lehranstalten, die handwerklicher, kunstgewerblicher und freikünstlerischer Ausbildung dienen, in einem einheitlichen, dem natürlichen Werdegang des Künstlers angepaßten Schulsystem sein. Im besonderen ist dabei anzustreben:

1. Handwerkliche Vorbildung in der Meisterlehre, in Lehrlings- und Fachschulen als Grundlage für jede kunstgewerbliche oder freikünstlerische Ausbildung.
  2. Die Einführung des gesamt künstlerischen Momentes in die Erziehung durch möglichst enge Verbindung zwischen Anstalten für freie Kunst und solchen für angewandte Kunst. (Errichtung künstlerischer Einheitsschulen).
  3. Eingliederung der Architekturerziehung in den Rahmen des künstlerischen Bildungswesens, mindestens durch Arbeitsgemeinschaften zwischen den Architekturabteilungen der Technischen Hochschulen und den Architekturklassen der Kunstakademien.
- Für die Grundgedanken dieses Reformplanes haben sich u. a. erklärt: die Akademie der Künste, die künstlerischen Verbände Berlins, der Reichsbund der Kunsthochschüler, zahlreiche Organisationen und künstlerische Fachleute. Auch hat meine dem Hauptausschuß des Preußischen Landtags im Winter 1920/21 vorgelegte Schrift: „Gedanken zur Kunstschulreform“ (Leipzig, Quelle und Meyer), die diese Fragen historisch und systematisch behandelt, Zustimmung gefunden. Andere deutsche Länder sind auf dem Gebiete des künstlerischen Bildungswesens teils schon vorangeschritten, teils mit gleichgerichteten Maßnahmen beschäftigt. So ist seit dem 1. Oktober 1920 die Badische Akademie der bildenden Künste mit der Kunstgewerbeschule Karlsruhe „organisatorisch und räumlich zu einer Badischen Landeskunstschule“ vereinigt. Durch die mit dieser Organisation verbundene Zusammenlegung von Doppelunterricht sind erhebliche Ersparnisse erzielt worden. Irgendwelche pädagogischen Nachteile haben sich aus der Verbindung

der Akademie mit der Kunstgewerbeschule bisher nicht ergeben. In Bayern und in Württemberg besteht ebenfalls der Wunsch nach einer engeren Verbindung zwischen den Kunstakademien, der Technischen Hochschulen und den Kunstgewerbeschulen, doch ist in diesen beiden Ländern die Frage noch nicht zur völligen Klärung gekommen.

Einer Verwirklichung der Reformpläne in Preußen stehen als Hauptschwierigkeit die Ressortverhältnisse entgegen. Bekanntlich gehören das gewerbliche und kunstgewerbliche Unterrichtswesen in Preußen zum Verwaltungsbereich des Handelsministers, während die Angelegenheiten der sogenannten freien Künste dem Kultusministerium anvertraut sind. Einschneidende organisatorische Maßnahmen auf dem Gebiet des künstlerischen Bildungswesens sind demnach — ganz abgesehen von

der Stellung des Finanzministers — nur im Einvernehmen zwischen beiden Fachressorts durchzuführen.

Da die hier entwickelten Reformpläne keine Mehraufwendungen von Staatsmitteln nötig machen, da im Gegenteil durch Wegfall von Doppeleinrichtungen usw. Ersparnisse erwartet werden dürfen, da ferner weitgehende Übereinstimmung bei allen Sachverständigen in den grundlegenden Fragen vorhanden ist, steht zu hoffen, daß es trotz der Ressortschwierigkeiten gelingen wird, die wesentlichen Ziele der Reform zu erreichen. Die Verantwortung, auf Lehranstalten die Jugend für künstlerische Berufe heranzubilden, kann der Staat nur tragen, wenn er dem künstlerischen Nachwuchs die denkbar gründlichste und den pädagogischen und wirtschaftlichen Forderungen der Gegenwart angepaßte Erziehung zu Teil werden läßt.





2

# Notwendigkeit einer Reorganisation der Unter- richtsausstatt des Kunstgewerbe-Museums:

Die Unterrichtsausstatt in ihren jetzigen Organisation  
entstand im Oktober 1905 aus der Vereinigung der  
Kunstgewerblernen Klassen der Kgl. Kunstschule mit der  
Klassen der höheren Unterrichtsausstatt der Kgl. Gew. Mus.  
Es ist mit dieser Vereinigung verbunden, dass die  
organisatorische Leitung übertrugen wurde, dass die  
damalige Direktor Professor Wald. Das Direktorat  
der Ausstatt war damals sehr langweilig gewesen.  
wird ~~+~~ Kommissarisch verwaltet, bis zum 1. Jan.  
1907 der neue Direktor Herr Bruno Paul eintrat  
wurde. Dieser versuchte zunächst sehr die Verhältnisse  
der sehr unzureichenden Ausstatt zu verbessern, so er  
mit der Reorganisation beginnen konnte. Die  
Voraussetzungen der Reorganisation sollten die  
den charakteristischen Eigenschaften der Kunstgewerbe-  
der Kunstgewerbes sind <sup>an</sup> ~~und~~ <sup>findet in der Kunstgewerbe-  
ausstatt</sup> die Kunstgewerblernen  
Anforderung.

Wichtige Mängel der Ausstatt sind:

1. zu geringe Anzahl der Kunstgewerblernen Unterricht für den Fort-  
willing unzureichendes Lehrpersonal
2. Mangelnde Zusammenarbeiten der einzelnen  
Abteilungen (Kunst, Kunstklassen, Gewerbe-  
und Kunstunterricht)
3. Mangel an Lehrern, die den Fortschritt auf  
der Zusammenfassung seiner Arbeit, jedoch: der Modell-

Lern-



Konsistenz mit der praktischen Ausfüh-  
 rung. Deren Zweck ist es, einen Punkt in  
 der Zukunft der Kuppel zu setzen.  
 Eine der Aufgaben der Organisation der Kuppel.

1.) Umgewandlung des Vorberathungsunterrichts  
unter Aufhebung der besondern „Abtheilung für  
Körpergymnastik“, die mit der Sprachzählung  
nicht völlig übereinstimmende Vorkenntnisse und Kenntn.  
(da die Schüler diese Abtheilung nur den wähl-  
baren Anforderungen gemäß.)

Inner: Maxima Ausdehnung der querschnittlichen Fläche  
(der Festigkeit der Aufschüttungen bei der Aufschüttung.  
größte)

aus Verfassung des Prinzip der menschlichen  
Natur und dem Geist der Götter.

[illegible]

Die Lagerzeit mischen wir auch jetzt für die  
gewöhnlichen Feuer zu einem Jahrzeit. Es  
ist die Zeit der Lager eines Raupen von einem  
Klasse, die ist ein anderer Lagerzeit der  
Mutterzeit, das ist ein anderer Lagerzeit der Mutterzeit.

Empfehlung der zu sellenden Aufzeichnungen  
nicht aufzugeben, im Hinblick auf die sehr be-  
falligen des Lesers jedes eine völlig ausreichende  
Vermögens des Prof. Guth.

Aufforderung der von Hof. Leysa geleiteten Tischlerklasse  
für Tischlerarbeiten aus Holz, die Kammerlei fakti-  
schen Bestandes nachweisend und seit Jahren schon  
nicht mehr publiziert auf der die eigentlichen Quali-  
tät des Leysa für Holzarbeiten Kammer und Kammer-  
arbeiten bezeugt.

Die Kindermengen, die aus Kopenhagen angereisten  
Freunden, zum 1. Oktober 1907, stehen einseits,  
betraten im Ganzen 14 Lagen, darunter sind  
sechs Spaltungen (Prof. Guck), den jetzt aber  
die über die Spaltungen hinaus nummerierten  
Werkstücke gewonnen wurden. Die Anzahl von  
Lagen wurde nach Möglichkeit durch unter-  
suchten Kasten nachher festgestellt. 11 Lagen  
waren ganz alt. Färbung hier, sonst irgend  
möglich, konnten werden. Die Lagen (Museum)  
erhält die Sammlung (Prof. Guck) im Selbstbesitz  
bei der Spaltung der Karte Berlin. Der Name des  
Lagen



Lafon (Prof. Gyllé) wird bestraft wegen Herabsetzung  
seiner Guadagnanten angelaufen. 2 Lafon (Prof.  
Körke aus Prof. Haucke) wird noch an einer  
anderen <sup>Handlung</sup> Händlung in Berlin (Grupp. f. d. H. H. H.)  
beteiligt. 1 Lafon (Rönnebeck), den der Direktor  
seiner Marktschaffthigung im Handicrafts angelaufen  
ist, laßt sich dies durchsetzen etc.

Praktische Lehrstellen für die Kaufm. des Handels.  
mit Bezugsklassen wird bei der Autorschaft auf alle  
18 vorstehenden. Es ist hier davon nur 6 (H. Paul,  
Bipeler, Koch, Rohloff, Taubert aus Geth). Über die  
Leistung der übrigen Klassen ist noch nicht ausgesprochen,  
nach der Ausscheidung der bisherigen Vorstände  
noch nicht zum Abschluß gelangt ist und noch über  
denbegründeten Vorfindungen mannißreicher Art  
im Uebersicht als notwendig herauszu kommen.  
Es kann daher nicht auf weitere Befragungen  
sinnvoller über die neue Aufstellung der Lehrstellen  
für die Kaufm. der neuen man zu berücksichtigen (Lafon) <sup>haben.</sup>  
~~noch nach Möglichkeit vorfinden bleiben sollen~~  
~~gefallen werden.~~ Es ist nicht notwendig von weiteren  
anderen Befragungen noch abzusehen werden.



3

Charlottenburg, den 29. März 1924.

Sehr geehrter Herr Professor!

Den vorliegenden Beschluss des Abgeordnetenhauses erlauben wir uns hiermit zu vermitteln. Dazu möchten wir erwähnen, daß die Abgeordneten uns besonders dahin aufklärten, daß die zu wählende Kommission mit der Lösung der ganzen Frage sowohl nach der räumlichen als auch der organisatorischen Seite beauftragt ist. Die Ursache dieses Beschlusses und der Anlaß die Akademie der Künste zu bitten in die Hochschulangelegenheit einzugreifen, sind folgende Vorgänge. Am 8. 2. 1924 wurde von seiten des Kultusministeriums kurz und bündig erklärt, daß die Kunstgewerbeschule in die Hochschule für die bildenden Künste einzieht. Nicht nur soweit der vorhandene Platz reicht, nein der Umzug sollte sich über den ganzen Apparat der Kunstgewerbeschule bis auf eine Spezialklasse für Innenarchitektur erstrecken. Es stellte sich heraus, daß der dreifach größere Lehrkörper und die mehr als dreifache Schülerzahl der Kunstgewerbeschule auf den für diese Massen noch gar nicht vorhandenen Raum durch einander gedrückt werden sollte und der neue Stoff zu weiteren Versuchen, die an anderen Akademien längst gescheitert oder abgelehnt wurden, benutzt werden sollte. Mit uns sind Kunsthochschulen aus allen Teilen Deutschlands an gerade solche an denen ähnliche Reformen versucht wurden, der Überzeugung, daß mit der geplanten Verschmelzung die Hochschule als Bildungsstätte für freie Kunst zu bestehen aufhören würde. Wir wünschen und mit uns der größte Teil der deutschen Künstlerschaft aller Richtungen, daß neben zahlreichen Kunstgewerbeschulen die Frauen hat, der Reichshauptstadt diese eine Bildungsstätte erhalten bleibt. Als zwingender Grund zu den Umwälzungen wurden uns Sparmaßnahmen genannt. Wenn gespart werden soll und von der Zwangslage des Staates, sparen zu müssen ist jeder von uns überzeugt so wären auch andere vorhandene Projekte, welche die Garantie einer Ersparnis und nicht erneute Ausgaben mit sich bringen eingehend zu untersuchen. Für uns unbegreiflich bleibt, daß man von den beabsichtigten Umwälzungen Künstler - und nur solchen trauen wir Erfahrungen in kunstpädagogischen Fragen zu - nicht gefragt hat und glaubt, sich über deren Meinung hinweg setzen zu können. Zwar sollen an der Akademie der Künste vor längerer Zeit Besprechungen über Kunsterziehungen stattgefunden haben, doch dürften diese Unterredungen wohl nur oberflächlich juristischen Wert besitzen. Mit dem jetzt beabsichtigten Zustand stehen die damaligen Unterhaltungen über Kunstschulfragen wohl kaum im Zusammenhang. Inzwischen hat man wie schon gesagt mit ähnlichen Reformen Erfahrungen gemacht. Bei dem Kultusministerium haben wir für unsere Besorgnisse kein Verständnis gefunden. Wir, die studierende Jugend an der Hochschule für die bildenden Künste, sehen voller Vertrauen den Beschlüssen der Akademie der Künste als eine Instanz, die berufen ist hier entscheidend einzugreifen, entgegen. Wir bitten Sie, in ihrer Eigenschaft als Mitglied der Akademie der Künste für ein Weiterbestehen des ~~unserer~~ unserer Hochschule für die bildenden Künste gütigst einzusetzen zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Statenvertreter Preussens  
des Reichsbundes deutscher  
Kunsthochschulen  
H. Hocke- Wichmann  
1. Vorsitzender d. A. d. K.  
f. d. b. K.

Die von der Vollversammlung der Studierenden  
für die bildenden Künste gewählte Kommissi-  
on.  
Kronke, Tannen- Wilke, Herling, Alexander,  
von Biesen.

Der Direktor  
beim

Preussischen Landtag

49  
Berlin N. W. 11, Prinz Albrechtstr.  
Datum des Poststempels.

Der Preussische Landtag hat ohne Erörterung den aus dem beiliegen-  
den Ausschussbericht ersichtlichen Beschluss gefasst.  
In Ausführung dieses Beschlusses ist die Eingabe dem Preussischen  
Ministerium übersandt worden.  
Hiervon mache im Auftrage des Herrn Präsidenten des Landtags er-  
gebend Mitteilung.

I. A.  
gez. A. H. R.



Probeabdruck.

Abschrift.

Nr. 7660

Preussischer Landtag  
1. Wahlperiode 1. Tagung 1921/24

155. Bericht

des Ausschusses für das Unterrichtswesen

Eingaben

- a) des Ausschusses der Studierenden der Hochschule für die bildenden Künste in Berlin,
- b) der Professoren Dr. Kampf und Gen. in Charlottenburg ( II Nr. 8123. 8224 ).

- betreffend
- a) Vorschläge für die Frage der Zusammenlegung der Hochschule der bildenden Künste in Charlottenburg und der Unterrichtsanstalt am Kunstgewerbemuseum in Berlin,
  - b) Einspruch gegen die unter a geforderte Zusammenlegung

Berichterstatter: A. D. G. P f l u g

Der Ausschus verhandelte über vorstehende Eingaben in seiner Sitzung am 20. März 1924.

Ausschussantrag: Der Landtag wolle beschließen:

die Eingaben II Nr. 8123. 8224 dem Staatsministerium mit der Maßgabe zur Berücksichtigung zu überweisen, vor der Weiterführung der Arbeiten zur Verlegung der Unterrichtsanstalt am Kunstgewerbemuseum eine Vertretung der Akademie der Künste, der Hochschule der bildenden Künste und der Kunstgewerbeschule von je 2 Mitgliedern, die von diesen Instituten selbst zu wählen wären, als sachverständige Berater hinzuzuziehen.

Berlin, den 21. März 1924.

Der Ausschus für das Unterrichtswesen

gez. G e l z e

Vorsitzender

Nr. 7660 Preus. Landtag 1. Wahlp. 1. Tg. 1921/24.



5

# Kunstskiftatur?



Ein Appell

der

Berliner Kunsthochfchüler an die Oeffentlichkeit

befonders an das

Hohe Haus der Abgeordneten



**Ein Apell der Berliner Kunsthochschüler an die Oeffentlichkeit,  
besonders an das Hohe Haus der Abgeordneten.**

Das Nachfolgende will der Oeffentlichkeit die Denkschrift des Reichsbundes deutscher Kunsthochschüler über die Reformpläne der Hochschule für die bildende Kunst, Charlottenburg, übermitteln.

Wir sind uns klar darüber, daß es sich hier um ein sprödes Thema handelt, über dessen Theorie — nicht über dessen Praxis — auch Sachverständige streiten können. Trotzdem wagen wir die allgemeine Aufmerksamkeit darauf zu lenken, da wir der Meinung sind, daß hinter diesen Erziehungsfragen Dinge stehen, zu deren Behandlung sich die deutsche Kunstjugend an erster Stelle berufen glaubt, da es sich hier um die Gestaltung ihres eigenen Schicksales handelt.

Der Prozeß, welchen wir zu unterbrechen wünschen, spielt schon seit langem. Er hat allerdings durch die ungeheure Willkür, mit welcher man gelegentlich der Reform der Hochschule vorging, eine Art von Gipfel erreicht, der auch Gleichgültigen deutlich macht, was hier geschieht.

**Es handelt sich ganz einfach um das Bestreben, die Künstler in allen sie betreffenden Dingen auszuschalten und sie völlig rechtlos zu machen.**

Dies wurde jüngst besonders deutlich, als man ohne jede Anhörung des Institutes die 200 Jahre alte Hochschule für die bildenden Künste Charlottenburg durch einen Federzug im Verwaltungswege einfach aufzulösen versuchte. Die Hochschule hat seit A. Rumpf durch eine lange Reihe glänzender Neuberufungen den stärksten Drang zu lebendigster Fortentwicklung bewiesen.

Dies geschah freilich im Stillen, und ihre lange erwogenen weiteren Reformpläne scheiterten lediglich an der Finanznot, welche so weit ging, daß zuletzt nicht einmal mehr Modellgeld und Heizung bezahlt werden konnte.

Das gesamte Lehrerkollegium der Hochschule hat einen öffentlichen Protest an die beteiligten Ministerien, den Herrn Präsidenten des Abgeordnetenhauses sowie an die Presse erlassen. Es ist wohl

ohne Beispiel, daß ein ganzer Lehrkörper mit Namen und Erfahrungen — wie hier geschehen — rücksichtslos übergangen wurde.

An übrigen Kunstschulen benutzt man dazu die jünffährige Anstellung der Professoren als ein willkommenes Mittel. Diese degradiert das Amt des Akademielehrers,

„daß berufen sein sollte, im Betriebe des Marktes und der wechselnden Mode die unbeirrbar hohe künstlerische Gesinnung hochzuhalten“,

(wie der Arbeitsausschuß bildender Künstler in München sagt), — zu einem höheren Stipendium.

Die Vereinigung preußischer Akademielehrer hat dieses System, welches alle Unabhängigkeit vernichtet und die Verantwortungsfreude der lehrenden Künstler schwer gefährdet, mit Recht als höchst unfittlich gebrandmarkt.

In allen anderen Angelegenheiten rechnet man mit der Wesensart der Künstler, deren allein auf ihr Schaffen gerichteter Sinn eine gewisse Indolenz in allgemeinen Fragen erzeugt, die sie eine leichte Beute machtgeriger, rücksichtsloser und gewandter Kunstpolitiker werden läßt. Es ist meist nicht die Sache der Künstler zu schreiben und sich in der Öffentlichkeit gegen den ungeheuren und prompt funktionierenden Presseapparat zur Wehr zu setzen, der von der Zentrallleitung stets in dem Augenblicke eingeschaltet wird, wo etwas geschieht, was die Öffentlichkeit über den wahren Stand der Dinge orientieren könnte.

Und so bleibt der tiefe und gute Haß der Schaffenden gegen die Parasiten der Kunst meistens stumm.

Die Machthaber stützen sich auf ein kleines Häuflein Künstler, welchen sie alle staatlichen Vorteile zuwendet und die sie als die angeblich allein förderungswürdigen Repräsentanten der Künstlerschaft gegen die Gesamtmasse der übrigen Künstler ausspielt. Diese Leute betrachten wir als Verräter an der Standesehre, welche in kurzem erfahren werden, daß sie nur Werkzeuge der völligen Versklavung ihrer Standesgenossen waren.

Daß solche Behauptungen nicht unreife Phantasien darstellen, beweist u. a. folgende Aeußerung des Fachblattes „Kunst und Wirtschaft“, 1. Februar 1924:

„Wir müssen es als ein Unglück für unsere Kultur betrachten, daß die auf der Universität vorgebildeten Kunstwissenschaftler den Künstlern eine Stellung nach der anderen entreißen wollen. Aus den Kunstsammlungen sind wir erst als Leiter, dann durch die Entziehung des freien Eintrittes als Besucher

verdrängt worden. Die Befähigung zur Leitung von Kunstschulen hat man uns abgesprochen. Jetzt wird Sturm auf die Kunstausstellungen gelaufen. „Strebsame“ Künstler finden sich immer, die zu Helferdiensten bereit sind, usw.“

Auch im Verein Berliner Künstler sind diese Fragen in einer sehr erregten Sitzung lebhaft in ganz ähnlichem Sinne erörtert worden. Es läßt sich an der Hand charakteristischer Beispiele leicht nachweisen, wie man auf allen Gebieten vorgeht.

Bei Ausstellungen, die das Deutschtum im Auslande zeigen sollen, sind die Künstler in der letzten Zeit völlig ausgeschaltet worden. Dieselben wurden von Kunsthistorikern ganz selbstherrlich gemacht (Venedig, Amsterdam, Rom, New-York).

Der Arbeitsausschuß der Münchener Künstlerschaft schreibt von der Ausstellung Rom z. B.: daß „diese durch ihre Auswahl geradezu eine Fälschung der geistigen Einstellung der deutschen Künstlerschaft darstelle“. Ähnlich soll es sich bei den anderen Ausstellungen verhalten haben.

Die Inlandsausstellungen versucht man ebenfalls in die Gewalt der Regierungsstellen zu bringen (in denen kein Künstler sitzt) dadurch, daß man der Künstlerschaft zum Leiter der Ausstellung völlig abhängige Leute aufzwingt. Vorläufig wehrt sich die Künstlerschaft noch lebhaft gegen solche Vergewaltigung, und die großen Gruppen stehen in dem sich zuspizenden Gegensatz zur Regierung noch fest zusammen.

Von anderer Seite wurde schon treffend gesagt, daß es das primitive Recht jedes Standes sei, sich seinen Nachwuchs selbst auszubilden. Den Künstlern wird auch dieses Recht abgesprochen. Die Direktorenstellen der Kunstschulen (wie überhaupt alle für Kunstfragen einflußreichen Stellen) sollen allmählich grundsätzlich mit vom Ministerium ganz abhängigen Nichtkünstlern besetzt werden.

Die schönen Reformprogramme, die sich auf dem Papier so gut machen, daß man selbst Künstler damit täuschen kann, die der Erziehungspraxis fern stehen und nicht wissen, wie dergleichen in Wirklichkeit aussieht, sind ohne die Mitwirkung der eigentlichen Sachverständigen, nämlich erfahrener Kunstlehrer, hergestellt.

Auch aus den Kunstsammlungen ist der Einfluß der Künstler ganz verschwunden. Obgleich der Landtag wenigstens den freien Eintritt für Künstler in die so notwendigen Bildungsstätten des Berufes dringend wünschte, legte die Regierung keine Hand zur Erfüllung dieser bescheidenen Wünsche.

Die Galerien der früheren Zeit sind ausnahmslos von Künstlern



geleitet worden. Es ist lächerlich, zu behaupten, daß diese zu „subjektiv“ seien. Das Gegenteil ist wahr. Nur ein schöpferischer Geist erkennt den anderen, und der intelligente Künstler beweist in der Praxis ein Organ für Kunst in den allerverschiedensten Formen, welches dem nichtschöpferischen Gelehrten notwendigerweise abgehen muß. Die außerordentliche innere Unsicherheit dieser Herren ist ebenso bekannt, wie ihre geistige Abhängigkeit.

Von einem Einfluß der Künstlerschaft auf staatliche Anläufe und Aufträge kann man mit bloßem Auge nichts mehr entdecken.

**Alles in Allem: Der Künstler ist heute auf dem Punkt, in allen Fragen seines Faches völlig entmündigt zu sein.**

Nun werden manche sagen: Die Künstler sind ja gar nicht imstande, sich allein zu regieren, da sie in fortwährendem Streit miteinander begriffen sind. Man müsse also „unparteiische“ und „objektive“ Menschen dazu haben. (Kunsthistoriker!) — Was wir hiervon zu halten haben, sahen wir zum Teil bereits. Es muß aber festgestellt werden, daß Streit bei Künstlern nicht ärger als in jedem anderen Stande ist. Er wird nur vergiftet, indem von außen zu bestimmten Zwecken Dinge hineingetragen werden, die nicht darin liegen. Auch zeigt die Erfahrung, daß Künstler viel toleranter ihren Kollegen von anderen Richtungen gegenüber stehen, als die auf Theorien eingeschworenen Historiker, weil sie, wie schon gesagt, das Schöpferische des Anderen leicht wittern.

Jeder Künstler wird die hohen Verdienste wirklich kunstwissenschaftliche Leistungen um die Förderung des allgemeinen Interesses für Kunst mit tiefer Dankbarkeit anerkennen.

Aber der Wissenschaftler darf nie zum ausschlaggebenden Faktor der Kunstpolitik werden, denn das Schöpferische muß immer das Herrschende bleiben.

Es gibt leider Künstler, die bei den Bestrebungen zur Entrechtung ihrer Kollegen bewußt oder unbewußt mithelfen. Viele handeln bona fide, indem sie meinen, sie kämpfen um die wahre Kunst. Manche versprechen sich auch Vorteile, und bei den meisten ist beides der Fall. Diese Leute sind sehr übel beraten. Sie gleichen den zahmen Elefanten, die auf verräterische Weise zum Einfangen ihrer Stammesgenossen benutzt werden. Wer glaubt, es handelt sich hier um wahre Kunst, dem wollen wir an der Hand krasser Fälle beweisen, daß es sich nicht darum, sondern hauptsächlich um das Machtstreben eines ganz kleinen Kreises dreht.

Alles dieses bedeutet nach unserer Meinung für die un-

gehemmte freie Entfaltung unseres Kunstlebens die schwersten Gefahren. Wir als die Repräsentanten derer, um deren Schicksal hier gespielt wird, möchten die Öffentlichkeit bitten, auf unsere Seite zu treten.

Wir glauben, im Namen der überwältigenden Mehrzahl der deutschen Künstlerschaft zu reden, indem wir das Hohe Haus der Abgeordneten bitten, es möge folgende Anträge annehmen:

1. Die Künstler sollen in allen Fragen der Kunst, bei Ausstellungen, Berufungen und Erziehungsfragen gesetzliches Mitbestimmungsrecht erhalten. Zu diesem Zwecke möge eine Instanz errichtet werden, welche aus freigewählten Künstlern besteht, und ohne deren Mitwirkung künftig keine Maßnahmen staatlicher Kunstpflege mehr getroffen werden dürfen.
2. Es möge ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß gebildet werden, welcher die Aufgabe haben soll, durch Anhörung wirklicher Sachverständiger in eine erneute Prüfung der Grundsätze und Handhabung der sogenannten Kunstschulreform einzutreten.

Was unsere nun folgende Denkschrift angeht, so möchten wir ausdrücklich den Wunsch aussprechen, daß man uns sagen möge, was man eigentlich unter Handwerk in der bildenden Kunst versteht! Es ist nötig, daß über diesen Begriff völlige Klarheit geschaffen wird, da ja das Handwerk mit Recht als Grundlage der Erziehung betrachtet werden soll. Gegen die Praxis der Kunstgewerbeschulen besteht der alte Vorwurf, daß sie mit ihrem Programm weder der Kunst, noch dem Gewerbe dienen.

Die jetzigen Reformpläne der Hochschule sind von Herrn Geheimrat Waegold ausdrücklich als ein Versuch bezeichnet worden. Wir verwahren uns dagegen, daß die Jugend in der jetzigen Zeit der Not zum Gegenstand von Versuchen gemacht werde. Wir weisen die Öffentlichkeit darauf hin, daß alle in derselben Richtung liegenden Experimente, die man in Petersburg, Wien, Weimar gemacht hat, damit geendet haben, daß die Akademien zu einer Verstärkung ihres Lehrprogrammes gekommen sind, während die Kunstgewerbeschulen unter strengerer Trennung vom rein künstlerischen immer mehr als Fachschulen ausgebaut werden.

In Dresden ist das Ministerium des Innern und sein Kunstreferent, Herr Geheimrat Dr. Müller sowie das Professorenkollegium und die Studentenschaft der Akademie grundsätzlich gegen eine

Verschmelzung der dortigen Kunstgewerbeschule mit der Akademie, da man die Meinung vertritt, daß beide Anstalten wesentlich verschiedene Ziele anstreben und irgendwelche Ersparnisse nicht eintreten dürften.

In München ist dieselbe Bestrebung durch den einmütigen Widerstand der Künstlerschaft, deren Wortführer Herr Geheimrat Bestelmeyer war, völlig gescheitert. Die Ausführung der Pläne des Ministeriums würde keine Ersparnisse für den preussischen Staat bringen, sondern im Gegenteil durch unerläßliche Um- und Erweiterungsbauten und vieles andere bedeutende Neuaufwendungen vonseiten des Herrn Finanzministers erfordern.

Daß es sich bei allen Maßnahmen gar nicht um Sparsamkeit handelt, sondern daß diese nur den Vorwand bieten muß, um eine abenteuerliche Experimentierpolitik durchzuführen, beweist die Berufung des Schöpfers des zusammengebrochenen Weimarer Bauhauses Gropius ins Berliner Ministerium. Dazu schreibt der „Berliner Lok.-Anzeiger“: Diese Berufung dürfte in weiten Kreisen befremdetes Kopfschütteln erregen. Im Zeichen des Personalabbaues werden neue Referenten und Hilfsarbeiter ernannt! Im Amtsbereich des Unterrichtsministeriums werden Kunstschulen und Lehrabteilungen zusammengelegt, und trotzdem glaubt man Geld genug zu haben, um neue Männer zum „Reformieren“ heranzuholen, deren Leistungen selbst bisher nicht unbestritten sind.“

Was uns aber auch die Zukunft bringen möge, so erwarten wir als das Mindeste die Erfüllung der alten Forderung des Reichsbundes deutscher Kunsthochschüler nach Einführung der Rektoratsverfassung für die Hochschule. In Kassel ist diese Forderung schon erfüllt, der Königsberger Akademie ist sie durch den Landtag zugesagt worden. Es ist unmöglich, daß die Hochschule der Reichshauptstadt unter ein Sondergesetz gestellt werden darf und sie auf diese Weise hinter den Landeshauptstädten zurückstehen muß.

Die Studierenden der Kunst, deren Elite sich von jeher meist aus den ärmeren Teilen der Bevölkerung rekrutierte, bringen heute persönliche Opfer, von denen der Außenstehende keine Ahnung hat.

Schon aus diesem Grunde schweben die meisten Schulprogramme heute, die gar keine Rücksicht auf den allgemeinen Zustand der Kriegsgeneration nehmen, völlig in der Luft.

Wird wirklich die Hochschule durch die Kunstgewerbeschule aufgelesen, so werden die stärksten Begabungen nach anderen Akademien abwandern.

Der Staatenvertreter für  
Preußen des Reichsbundes  
deutscher Kunsthochschüler  
E. B. Berlin

Berlin, den 1. März 1924.

Wir unterbreiten nachstehend eine Denkschrift über die Frage der Zusammenlegung von Hochschule der bildenden Künste, Berlin-Charlottenburg, und Unterrichtsanstalt am Kunstgewerbe-Museum, die zugleich unsere praktischen Gegenvorschläge enthält.

Bei der Abfassung dieser Denkschrift waren drei Hauptpunkte maßgebend:

- I. Forderungen künstlerischer Art,
- II. Forderungen aus Sparsamkeitsgründen,
- III. Verwaltungsfragen.

In dem Reformplan des Dezernenten am Kultusministerium, des Herrn Geheimrats Waegold, sind in der Frage der staatlichen Kunsterziehung vier Hauptfächer angegeben: Malerei, Plastik, Graphik, Baukunst. Dieser Einteilung stimmen wir vollkommen bei. Diese vier Sparten sind die wichtigsten Gebiete der bildenden Kunst. Es ist daher erstrebenswert, daß sie räumlich vereinigt unter eine einheitliche Leitung gestellt werden. Aus dem nachfolgend aufgeführten Entwurf über die Zusammenlegung von Architektur-Abteilung der Technischen Hochschule und Hochschule der bildenden Künste geht hervor, daß die räumliche Vereinigung der Architektur mit Malerei, Graphik und Plastik im Gebäude der Hochschule für die bildenden Künste an der Hardenbergstraße ohne weiteres durchzuführen ist.

Wenn die Architektur-Abteilung der Technischen Hochschule in die Räume der Kunsthochschule verlegt wird, sowie die Klassen der Malerei, Plastik und Graphik der Unterrichtsanstalt am Kunstgewerbe-Museum ebenfalls mit den Klassen der Hochschule verschmolzen werden, dürfte den künstlerischen und organisatorischen Fragen Genüge geleistet sein.

Wir sind mit Geheimrat Waegold der Meinung, daß eine Vertiefung des handwerklichen Könnens in den Kreisen der Kunsthochschüler und der Kunstgewerbeschüler Platz greifen muß, daß die Kunsthochschüler viel schärferen und eingehenderen Prüfungen auf Qualität unterzogen werden und das alles, was nicht restlos den Namen Hochschüler verdient, einer Fachschule überwiesen werden soll. Daher muß die Kunstgewerbeschule mit ihren vielen Teilen des handwerklichen Gewerbes zu einer erstklassigen handwerklichen Fachschule umgewandelt werden; einer Schule, auf der wirklich



wieder Handwerker ausgebildet werden nach altem Stil mit der damals gelübten Einfachheit und Naivität des bescheidenen handwerklichen Empfindens.

Diese Fachschule soll als Vorstufe zur Hochschule gelten. Es kann gefordert werden, daß jeder Hochschüler sie durchlaufen hat.

Herr Geheimrat Waeghold wird wohl kaum wünschen, daß in der von ihm geplanten universitas artium (Artikel in der Vossischen Zeitung: universitas artium. Gespräch mit Waeghold), etwa akademisch gebildete Schlosser, Buchbinder, Töpfer und Weber zu einem elenden Proletariat herangezogen werden. Dagegen muß es wünschenswert sein, in der Hochschule für die bildenden Künste einen Kreis erstklassiger, hervorragend begabter Architekten, Maler, Bildhauer und Graphiker heranzuziehen, d. h. ein hohes Begabungsniveau auf die Gebiete zu schaffen. Dieser Kreis kann klein sein, und man braucht nur die geeigneten Künstler an die Spitze zu stellen, um den Begriff „Hochschule“ wahrhaft zu verwirklichen. Denn wie Herr Waeghold selbst sagt, ist immer die Person entscheidend, nie das tote System.

Zu einem Sammelpunkt hoher Begabungen ist die Landeshauptstadt geschaffen, wie viel mehr noch die Reichshauptstadt.

II. Ueber den Punkt: Sparmaßnahmen ist folgendes zu sagen: Wenn der Staat kein anderes Mittel mehr weiß, um die Sanierung seiner Finanzen auf Kosten wichtigster bestehender Einrichtungen kultureller Art durchzuführen, ist dies tief bedauerlich. Wir bitten das Ministerium, alle Mittel und Wege zu finden, um andere Geldquellen flüssig zu machen, als die bescheidene Vermietung von Räumen, die für kulturelle Zwecke so notwendig sind, wie das tägliche Brot. Herr Geheimrat Waeghold erklärt ausdrücklich, daß es sich bei der Zusammenlegung von Hochschule für die bildenden Künste und Kunstgewerbeschule um einen Versuch handelt. In einer Zeit, wo Sparmaßnahmen von den Feinden Deutschlands diktiert werden, sollte man sich nicht auf derartig fragwürdige Versuche einlassen, wie den einer universitas artium mit akademisch gebildeten Tischlern, Schneidern usw.

Wenn aber doch eine Zusammenlegung von Schulen in Frage kommt, so verfähre man nach dem Vorschlag, den wir in Anlage unterbreiten. Dafür ist im Notfalle Platz vorhanden.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß in der Hochschule für die bildenden Künste bestimmte Räume nicht so ausgenutzt sind, wie es vielleicht gerade in der heutigen Zeit notwendig wäre. Sollte das hohe Ministerium nicht in der Lage sein, aus technischen oder anderen Gründen die Zusammenlegung von Architektur-Abteilung der Tech-

nischen Hochschule und der Kunsthochschule in Erwägung zu ziehen, so unterbreiten wir als weiteren Vorschlag, daß die staatliche Kunstschule an der Brunnenstraße, die mit der Hochschule für die bildenden Künste durch näherliegende Interessen verknüpft ist, in die Räume der Kunsthochschule übersiedelt. Die Zahl der Studierenden dieser Anstalt beträgt schätzungsweise 175. Verglichen mit der Kunstgewerbeschule liegt eine Zusammenlegung der staatlichen Kunstschule im Bereiche der Möglichkeit, während die vom Kultusministerium geplante nicht nur praktisch unmöglich, sondern auch mit ungeheuren Mehrkosten verknüpft wäre. Man könnte dann gegebenenfalls das Gebäude der Kunstschule für Vermietungszwecke zur Verfügung stellen.

Aus dem provisorischen Verteilungsplan der Räume der Kunsthochschule, den das Ministerium im Zusammenhang mit dem Vereinigungsgedanken der Kunstgewerbeschule aufgestellt hat, geht klar hervor, daß, wie es das numerische Uebergewicht der Kunstgewerbeschüler naturgemäß mit sich brächte, die Studienateliers der Kunsthochschule verschwinden müßten. Die wenigen Meisterateliers der Akademie der Künste kommen hier nicht in Betracht. Abgesehen von den gewaltigen Umbauten und baulichen Veränderungen, die das Hereinziehen der Kunstgewerbeschule mit ihren zahllosen handwerklichen und maschinellen Einrichtungen mit sich bringt, würden durch den völligen Mangel an Studienateliers Neubauten hierfür notwendig. Es würde sich um mindestens 30 neue Studienateliers handeln. Angesichts dieser Tatsache erlauben wir uns die Anfrage, wo da die Sparmaßnahmen bleiben.

Durch die Unmöglichkeit, diese Neubauten sofort durchzuführen, würden die meisten Kunsthochschüler ausscheiden. Damit wäre aber auch die Lehrtätigkeit nahezu der gesamten Professoren an der Hochschule für die bildenden Künste in Frage gestellt. Wir fragen hiermit das Ministerium, ob diese Lahmlegung des Kunsthochschulbetriebes durch derartig einschneidende Maßnahmen beabsichtigt ist?

Somit legen wir unsererseits zwei Vorschläge vor, die wir das Ministerium bitten, genauestens zu erwägen, zumal es in dem Schreiben vom 8. Februar 1924 an die Direktion der Kunsthochschule heißt, daß Sparmaßnahmen des Finanzministeriums den Ausschlag bei der Frage der Zusammenlegung von Hochschule und Kunstgewerbeschule gegeben haben. Sollten jedoch auch diese beiden Vorschläge als nicht durchführbar erachtet werden, so könnte man die in Frage kommenden freiverdenden Räume in der Hochschule an außenstehende Künstler vermieten. Man würde damit einerseits einem



längst bestehenden dringenden Bedürfnis in gegenwärtiger Wohnungs- und Ateliernot abhelfen, andererseits gewisse Einnahmequellen schaffen.

III. Zu den Verwaltungsfragen haben wir folgendes zu bemerken:

Die Selbstverwaltung der Universitäten hat sich im Laufe der Jahrhunderte glänzend bewährt. Das deutsche Hochschulwesen ist mustergültig, nicht umsonst studieren Ausländer aus allen Weltteilen in großer Zahl in Deutschland. Daher ist es unerlässlich, bei der Frage der Neuorganisation der staatlichen Kunsterziehung an der Hochschule für die bildenden Künste die Rektoratsverfassung und die hochschulmäßige Selbstverwaltung einzurichten. Mit der Selbstverwaltung ist einer ständigen Entwicklungsfähigkeit, einer steten Anpassung an die notwendigen Forderungen unserer Zeit in reichem Maße Vorschub geleistet. Neue Gedanken, neue Gesichtspunkte müssen sich auswirken können, alle Glieder des gesamten Verwaltungssystems müssen zur Mitarbeit herangezogen werden.

Es gibt auf dem Gebiete der Kunsterziehung bestimmte, feststehende Gesetze. Daher darf die Hochschulleitung einer gewissen Stetigkeit nicht entbehren. Es ist also einerseits die Freiheit der Entwicklung, andererseits die Erfahrung und bewußte Ruhe tiefen künstlerischen Könnens erforderlich.

Diese Erwägungen fordern daher:

1. die hochschulmäßige Selbstverwaltung,
2. die Rektoratsverfassung.

Der Rektor soll auf etwa 2 bis 5 Jahre von der Professorenschaft gewählt werden. Einer Wiederwahl soll nichts im Wege stehen.

Es soll außerdem ein Senat gebildet werden, bestehend aus:

- a) Rektor,
- b) Professoren-Kollegium (evtl. hervorragende Lehrer der Fachschulen und der freien Künstlerschaft,
- c) Syndikus,
- d) zwei bis drei Vertreter der Studierenden in allen Angelegenheiten, die die Gestaltung des Studienbetriebes und studentischen Einrichtungen betreffen.

Die Vertreter der Hochschüler zum Senate werden vom offiziellen, von der Gesamtheit der Kunsthochschüler gewählten studierenden Ausschuss bestimmt. Dieselben sollen vom Senate in allen die Gesamtkörperschaft berührenden Angelegenheiten beigezogen werden können. An der Beratung über rein persönliche Angelegenheiten der Professorenschaft, sowie in Besetzungs- und Beförderungsfragen nehmen die Vertreter der Hochschüler nicht teil.

Für die Aufgaben und das Arbeitsgebiet der Hochschulausschüsse sind besondere Satzungen eingearbeitet.

Aus der Anlage ersehen Sie den Entwurf über die Zusammenlegung der Architektur-Abteilung an der Technischen Hochschule und die Hochschule für die bildenden Künste.

Zum Schlusse bitten wir das hohe Ministerium, zur Entscheidung vorstehender Vorschläge in erster Linie den Direktor, das Lehrerkollegium und die Vertretung der Studierenden zu hören.

Der Staatenvertreter für Preußen des Reichsbundes deutscher Kunsthochschüler E. V. Berlin.

Schropp.

1. Vorsitzender des Studenten-Ausschusses der Hochschule für die bildenden Künste.

M. Röde-Wichmann.

Die von der Vollversammlung der Studierenden der Hochschule für die bildenden Künste am 22. Februar 1924 gewählte Kommission:

Rudolf Krohne. Tannen-Wille. Merling.

Ludwig Alexander. A. v. Riesen.

Hübner.

## Entwurf

über die Zusammenlegung der Architektur-Abteilung der Technischen Hochschule und der Hochschule für die bildenden Künste.

Ueber die Frage, wie die einzelnen Künste, Architektur-Malerei-Plastik-Kunstgewerbe sich zueinander verhalten, ist folgendes zu sagen:

Diese Frage ist durch Erwägungen, wie die Gebäude der einzelnen Kunstbetriebe am besten verwendet werden könnten, akut geworden. Einerseits wird nämlich behauptet, die Architektur-Abteilung könne wegen Ueberfüllung der Technischen Hochschule fürderhin nicht mehr im Gebäude der Technischen Hochschule in Charlottenburg verbleiben, andererseits ist das alte sehr verfallene Gebäude der ehemaligen militärtechnischen Akademie an der Fasanenstraße für neue Zwecke verfügbar. Weiterhin sind die Räume in dem Gebäude der Akademischen Hochschule für die bildenden Künste gegenwärtig frei und schließlich erwägt noch die Staatsverwaltung, ob nicht die Kunstgewerbeschule aus Ersparnisgründen aus ihrem bisherigen Gebäude an der Prinz-Albrecht-Straße in die Hochschule für die bildenden Künste verlegt werden könnte, damit alsdann der Staat das Gebäude

der Kunstgewerbeschule vermieten könne, womöglich an einen zahlungsfähigen Industriellen.

Alle diese Unterbringungsfragen haben aber, wie sie auch gelöst werden mögen, für die einzelnen Künste selbst weitreichende Konsequenzen. Wenn nämlich die Kunstgewerbeschule mit der Kunsthochschule örtlich in Zusammenhang gebracht wird, so muß davon unausbleiblich die Folge sein, daß, so wie die Dinge heute liegen, die Malerei und die Plastik dem Kunstgewerbe sachlich und organisatorisch untergeordnet werden.

Die Verlegung der Architektur-Abteilung der Charlottenburger Technischen Hochschule in das obendrein so stilwidrige alte Backsteingebäude der militärtechnischen Akademie hätte zur Folge, daß der gesunde und natürliche Zusammenhang mit den übrigen technischen Unterrichtsbetrieben durch die örtliche Trennung erheblich gelockert werden würde.

Außerdem würde das Kunstschaffen der Architektur-Studierenden durch das ganze Milieu eines so veralteten Gebäudes, wie es die militärtechnische Akademie ist, psychologisch in der unvorteilhaftesten Weise beeinflusst werden, und es bliebe der uralte Wunsch der Studierenden sowohl der Architektur-Abteilung, wie auch der Kunsthochschule, auf ein möglichst gemeinsames Schaffen auf absehbare Zeit unerfüllt. Dies würde für die Studierenden der Hochschule für die bildenden Künste um so schmerzlicher sein, als den Malern und Bildhauern in Zukunft außerordentlich viele praktische Aufgaben gerade aus der Baukunst entzogen würden.

Somit handelt es sich gegenwärtig um einen großen Komplex ungelöster Fragen. Aber gerade, weil alle diese Probleme für die Weiterentwicklung der einzelnen Künste anlässlich der erwähnten Raumfrage in der Schwebe sind, liegt die willkommene und günstige Gelegenheit vor, endlich einmal zweckmäßige Verbindungen zu schaffen.

Hierbei muß auf die eigentliche Kernfrage gedrungen werden. Die Kernfrage ist nämlich, daß in jeder Blüteperiode der Kunst Malerei, Plastik und Architektur in steter sich ergänzender Wechselwirkung gestanden haben, und daß unter diesen drei Hauptgruppen die bedeutendsten Werke der gesamten Kulturgeschichte entstanden sind. Nie und nimmer aber wird die Malerei und die Plastik in einem Abhängigkeitsverhältnis zu Kunstgewerbe in ihre höchsten Leistungsmöglichkeiten gehoben werden können. Es wäre also das Natürlichste und sachlich Gegebene, jetzt endlich zu erstreben, daß der Kunstbetrieb für Malerei, Plastik und Architektur örtlich in den Räumen der Hochschule für die bildenden Künste vorgenommen wird.

Dahingegen sollte man durchaus die von Natur mehr auf sich selbst gestellte Kunstgewerbeschule in ihren bisherigen Räumen belassen und zu einer erstklassigen handwerklichen Fachschule ausbauen. Es ist wohl zu bedenken, daß die Kunstgewerbeschule seinerzeit eigens mit dem Kunstgewerbe-Museum und der einzig dastehenden Bücherei zusammengelegt worden ist. Dieser glückliche Zusammenhang würde durch die Verlegung der Kunstgewerbehochschule zerrissen werden.

Wenn der Staat durchaus eines der fraglichen Gebäude aus finanziellen Gründen vermieten zu müssen glaubt, so ist nichts natürlicher, als daß hierfür lediglich die militärtechnische Akademie in Aussicht genommen wird, schon weil der Ausbau dieser Akademie für die Zwecke der Architektur-Abteilung gewaltige Kosten verursacht, daß ngegen würde der völlige oder teilweise Umzug der Architektur-Abteilung in das Gebäude der Hochschule für die bildenden Künste ohne weiteres und kostenlos vonstatten gehen können. Ganz besonders möchten wir noch betonen, daß die große Aula der Kunsthochschule, welche gegenwärtig fast nutzlos dasteht, den Zwecken des Architektur-Studiums in der vortrefflichsten Weise dienstbar gemacht werden könnte.

Endeavour des Lyfsta

no Jus bis 30 pfe zorn ~~Quarant~~  
Pfeiler gnecey



# Preußische Kunstpolitik.

Was hier zu Debatte steht ist nicht die Frage über Zweckmäßigkeit von irgendwelchen Reformen. Es handelt sich darum, ob die preußische Künstlerschaft es sich gefallen lassen will, daß ihre wichtigsten Lebensfragen durch den Kunstreferenten Herrn Waegoldt entschieden werden können. Die Beantwortung dieser Frage ist entscheidend für die künftige Rechtsstellung der Künstlerschaft überhaupt.

Trotz des einstimmigen Einspruchs der Akademie der Künste führt Herr Waegoldt seine „Reform“, zu welcher nicht sachliche Notwendigkeit, sondern der persönliche Ehrgeiz Einiger die Triebfeder ist, mit Gewalt! durch. Der Direktor der Hochschule, sowie die Schülerschaft sind dabei direkt belogen worden.

Die Verdienste Max Liebermanns sind unbestritten. Es ist aber ein völlig unmöglicher Zustand, daß er allein gehört wird. Ebenso ist es unmöglich, daß Bruno Paul in eigener Sache beim Ministerium referiert.

Welche Früchte die Diktatur von Herrn Waegoldt bringt, zeigt der Zustand all der Anstalten, an welchen seine Reform wirksam war.

Es mag aus der Fülle der Tatsachen nur der Fall Sandkauf herausgegriffen sein. Dieser Maler sollte — nicht aus künstlerischem Verdienst — sondern zur Belohnung für irgendwelche dem Ministerium geleistete Dienste an der Charlottenburger Hochschule eine Professur für Malen und Zeichnen erhalten!

Da der Direktor sich schon mit Rücksicht auf die Meinung der Künstlerschaft weigerte, diesen Auftrag Herrn Waegoldts auszuführen, wurde ihm die technische Klasse übertragen, obgleich er von dieser Sache, welche langes Studium, große Erfahrung und besondere Eignung erfordert, keine Ahnung hatte. Er wurde daraufhin auf ein Semester nach München geschickt!

Die Schülerschaft, welche den Werdegang S. kannte, glaubte natürlich ebensowenig an ihn, als an seine Malgründe.

Diese Angelegenheit wird in der ganzen Künstlerschaft offen besprochen und erregt überall das größte Uergernis. Wie groß die Achtung vor Handwerk und Kunst ist, die Herr Waegoldt hat, sieht man hier deutlich.

So sehen die Grundsätze der Kunstschulreform in der Praxis aus, so vergibt man die wichtigsten Ämter!

Der Fall des Akademiedirektors Thiele in Königsberg ist nicht minder drastisch. Dieser Mann ist Gegenstand der heftigsten Beschwerden von Lehrern und Schülern gewesen. Der Landtag wird sich auch in diesem Jahre wieder mit ihm beschäftigen müssen, wie im vorigen Jahre. Er hat keinerlei Autorität und ist so völlig abgewirtschaftet, daß Konferenzen nur durch die Gegenwart eines Regierungsvertreters möglich sind.

Daß alles, welches gedeihliche Arbeit unmöglich macht, veranlaßt Herrn Waegholdt nicht zum Eingreifen, obwohl er die Berechtigung aller Klagen zugeben mußte.

Es wird jetzt lediglich versucht, Herrn Thiele als Vorkämpfer der Modernen Kunst zu frisieren. Leider sind die Vertreter der Modernen mit ihren Schülern die ersten und heftigsten Gegner von Herrn Thiele gewesen.

Es ist ein öffentlicher Skandal, daß ein kulturell so wichtiges Amt, wie das eines Akademiedirektors, welches in die Hand eines hochstehenden Künstlers gehört, so ausgefüllt werden kann. Die Besetzung dieses Amtes erfolgte übrigens charakteristischerweise unter Bruch eines amtlichen Versprechens auf Mitwirkung des vortrigen Kollegiums. Die Künstler müssen sich dieser Gewaltherrschaft gegenüber das Mitbestimmungsrecht erkämpfen.

Das Waegholdtsche Buch über Kunstschulreform ist keine Grundlage für eine solche. Es hat nur alle Meinungen, auch die widerspruchsvollsten, die man über diesen Gegenstand haben kann, zusammengetragen. Die Kunstszziehung gehört in die Hand praktischer Künstler.

Es muß die Hoffnung ausgesprochen werden, daß diese sich nicht durch reddegewandte Theoretiker in ihren Anschauungen irremachen lassen, sondern ihr Recht gründlich verteidigen. **Der Landtag wird hierbei hoffentlich helfen!**

Eine Anfrage: Auf Grund welcher Verdienste wurde der Hilfsarbeiter im Kultusministerium Herr Gerike Professor?

Reinhard Huebner.



I die Abtatsun <sup>1. Brief</sup> nimmt Kenntnis von der 7.  
Gründung der die Kunstverwaltung darstellt  
haben, die wünschige Heranführung der Gesetze  
z. d. b. Künsten und der Unterweisung anfallt  
das Kunstgewerbe einzuordnen in die Wege zu  
leiten.

Organisationsplan

II. Die Abtatsun steht in der ersten Phase  
der Kunstverwaltung grundsätzlich in der  
Aufsicht und führt Gefährdungswachposten  
in der Administration aus.

istellen Zahlen der

Archiv

Kommunikation

18

von der Administration

von der Geschäftsstelle

von der Verwalt. Abt.

von der Kommission.



Abschrift

Der Preussische Minister  
für Wissenschaft, Kunst  
und Volksbildung  
U IV Nr. 12267. 1

Berlin W 8, den 8. September 1924  
Unter den Linden 4

Nachdem die Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums mit der Hochschule für die bildenden Künste räumlich vereinigt worden ist und die von mir am 23. April 1924 - U IV 11024 - zur Vorbereitung der organisatorischen Vereinigung beider Anstalten berufene künstlerische Sachverständigenkommission mir unter dem 7. Juli d. Js. organisatorische Vorschläge gemacht hat, bestimme ich das Folgende:

Mit Wirkung vom 1. Oktober d. Js. ab wird die Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums mit der Akademischen Hochschule für die bildenden Künste zusammengelegt. Die verbundenen Anstalten führen den Namen:

" Vereinigte Staatsschulen für freie und angewandte Kunst "  
(vormale Hochschule für die bildenden Künste und Unterrichts-  
anstalt des Kunstgewerbemuseums.)

Verwaltung und Unterricht der Vereinigten Staatsschulen pp. regeln sich bis auf Weiteres nach den beigelegten Bestimmungen. Besondere Ausführungsanweisungen behalte ich mir vor.

Unterschrift  
An den Herrn Direktor der Hochschule für die bildenden Künste in  
Charlottenburg, Hardenbergstraße 33.

Abschrift übersende ich ganz ergebenst zur gefälligen

Kenntnissnahme.

An den Herrn Präsidenten der Akademie der Künste in Berlin W 8 .  
gez. Boelitz

Abschrift

Zu U IV 12367/24.

Bestimmungen für die " Vereinigten Staatsschulen  
für freie und angewandte Kunst "

( vormale Hochschule für die Bildenden Künste und  
Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums ) .

Vom 8. September 1924 - U IV 12267-.

1. Die Vereinigten Staatsschulen für freie und angewandte Kunst gliedern sich in drei Abteilungen, erstens: die Abteilung für freie Kunst, zweitens: die Abteilung für angewandte Kunst, drittens: die Abteilung für Architektur.
2. Jede der drei Abteilungen besteht aus einem Unterbau ( Fachabteilungen ) und einem Oberbau ( Ateliers ). Der Unterricht in den Allgemeinen Klassen, Hilfsfächern und Werkstätten ist gemeinsam.
3. An der Spitze der Vereinigten Staatsschulen steht ein vom Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung berufener Direktor.
  - a. Der Direktor ist der oberste Verwaltungsbeamte der Vereinigten Staatsschulen. Er leitet den Unterricht im Einvernehmen mit den drei Abteilungsvorstehern ( vgl. Punkt 5 ) . Für zu besetzende Lehrstellen hat der Direktor dem Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die Vorschläge des Lehrerkonvents ( vgl. Punkt 6 ) mit seiner Stellungnahme vorzulegen. Die Benennung eines in den Vorschlägen des Lehrerkonvents nicht aufgeführten Kandidaten steht dem Direktor frei. Der Direktor verkehrt unmittelbar mit dem Ministerium.
  - b. Dem Direktor liegt auch die Vertretung der Vereinigten Staatsschulen nach außen ob. Jedoch bedarf er zu Verträgen, die die Ueberlassung von Räumlichkeiten an Dritte betreffen, der Genehmigung des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.



4. Dem Direktor sind zu seiner Unterstützung die Kustoden beigegeben. Die Dienstobliegenheiten der Kustoden bestimmt der Direktor.
5. Der Verwaltung der Vereinigten Staatsschulen ist eine Berufs-Beratungs- und Arbeitsvermittlungsstelle für Schüler angegliedert. Ihre Leitung ist vom Direktor einem Kustos zu übertragen.
6. Dem Direktor steht in Unterrichtsangelegenheiten ein aus sieben Mitgliedern bestehender Lehrerkonvent zur Seite.
  - a. Die Mitglieder des Lehrerkonvents werden vom Lehrerkollegium (über den Begriff des Lehrerkollegiums vgl. den Erlaß vom 10. Februar 1923 - U IV 2658 I - Punkt 5) mit einfacher Mehrheit der Erschienenen gewählt. Bei Stimmengleichheit gibt der Vorsitzende den Ausschlag. Vier Mitglieder des Konvents müssen Atelierlehrer sein.
  - b. Nach Möglichkeit sollen dem Lehrerkonvent angehören: Zwei Maler, zwei Bildhauer, zwei Graphiker, von denen je einer aus der Abteilung für freie Kunst und je einer aus der Abteilung für angewandte Kunst zu wählen ist, sowie ein Architekt.
  - c. Außer den genannten Mitgliedern wählt der Lehrerkonvent für die Dauer eines Schuljahres, erstmalig für die Zeit vom 1. Oktober 1924 bis 30. September 1925 einen Lehrer aus dem Kreise der technischen Lehrer, die das Recht haben, den Sitzungen des Konvents mit beratender Stimme beizuwohnen.
  - d. Den Vorsitz im Lehrerkonvent führt der Direktor, in dessen Behinderung ein vom Lehrerkonvent bestellter Stellvertreter.
  - e. Jedes Jahr scheiden zwei Mitglieder des Lehrerkonvents durch das Los aus und werden durch Neuwahlen ersetzt. Wiederwahl ist zulässig. Die jeweiligen Abteilungsvorsteher unterliegen der

Auslesung

Auslesung nicht.

- f. Der Direktor beruft den Lehrerkonvent nach Bedarf. Bei Änderungen im Aufbau der Vereinigten Staatsschulen, bei Aufstellung der Anträge für den Etat, sowie bei Lehrerberufungen und -entlassungen muß der Lehrerkonvent gehört werden. (Vgl. Punkt 3).
7. Der Lehrerkonvent stellt aus seiner Mitte die drei Abteilungsvorsteher und zwar: einen Architekten als Vorsteher ~~der~~ der Abteilung für Architektur, einen Atelierlehrer der freien Künste als Vorsteher der Abteilung für freie Kunst und einen Atelierlehrer der angewandten Kunst als Vertreter der Abteilung für angewandte Kunst.
8. Jeder der drei Abteilungsvorsteher leitet seine Abteilung im Einvernehmen mit dem Direktor selbständig.
9. Die Leiter der Fachabteilungen bestimmt der Direktor nach Benehmen mit den Lehrern der Abteilung.
10. Die Vertretung der Lehrer in Standes- und Wirtschaftsfragen liegt bei den von der gesamten Lehrerschaft gewählten Vertretern.
11. Für die Aufnahme der Schüler gelten die Bestimmungen des Erlasses vom 10. Februar 1923 - U IV 2658 - Punkt 1 und 3.
12. Die Gesamtheit der Schüler der drei Abteilungen bildet die Schülerschaft der Vereinigten Staatsschulen. Die bisherigen Schülerratsausschüsse der Hochschule für die bildenden Künste und der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums sind mit Ablauf der Sommerferien aufgelöst. In den ersten Wochen des Wintersemesters hat nach Anweisung des Direktors der Vereinigten Staatsschulen die Wahl des neuen Schülerratsausschusses für die Dauer eines Schuljahres, erstmalig für die Zeit vom 1. Oktober

1924



1924 bis 30. September 1925 zu erfolgen. Die Bildung von Unterausschüssen der Schülerschaft z. B. für Angelegenheiten der Krankenkasse, Stellen- und Arbeitsvermittlung u. a. m. ist zulässig. Ueber die erfolgte Wahl des Schülerausschusses sowie gegebenenfalls der Unterausschüsse ist unter Namhaftmachung der gewählten und vom Direktor bestätigten Vertreter dem Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu berichten. Die Satzungen des Schülerausschusses sind dem Lehrerkonvent und dem Direktor vorzulegen und bedürfen der endgültigen Genehmigung des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

13. Wegen ungenügender Begabung, wegen Unflusses oder ungehörigen Betragens können Schüler durch den Direktor von dem Besuch der Vereinigten Staatsschulen ausgeschlossen werden. Den Schülern steht das Recht der Berufung an den Lehrerkonvent zu. Entsteht das Lehrerkonvent gegen den Direktor, so ist die Entscheidung des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung einzuholen.
14. Wegen Vereinigung der Büros der ~~Kunst~~ Hochschule für die bildenden Künste und der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums ergeht besondere Verfügung.
15. Schuljahr und Perien sind in den drei Abteilungen der Vereinigten Staatsschulen gemeinsam. Das Winterhalbjahr beginnt am 1. Oktober, das Sommerhalbjahr am 1. Mai.
16. Die Vereinigten Staatsschulen haben das Recht, Personen, die sich um die Anstalt oder um die freien und angewandten Künste besondere Verdienste erworben haben, dem Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für die Ernennung zu Ehrenmitgliedern der Vereinigten Staatsschulen vorzuschlagen. Die Vorschlä-

ge erfolgen durch den Direktor nach Anhörung des Lehrerkonvents. Die Ehrenmitglieder gehören dem Kuratorium an.

17. Den Vereinigten Staatsschulen ist ein Kuratorium beigeordnet.

a. Dem Kuratorium gehören an :

1. Der Kommissar des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung,
2. der Kommissar des Ministers für Handel und Gewerbe,
3. der Präsident der Akademie der Künste,
4. der bisherige Direktor der Hochschule für die bildenden Künste in seiner Eigenschaft als Vertreter der Vorsteher der akademischen Meisterateliers,
5. der Generaldirektor der Staatlichen Museen,
6. der Direktor der Nationalgalerie,
7. der Direktor der Vereinigten Staatsschulen,
8. ein Vertreter des Kunsthandwerks,
9. ein Vertreter der Kunstindustrie,
10. ein Vertreter der freien Künste.

Hierzu treten gegebenenfalls die Ehrenmitglieder der Vereinigten Staatsschulen.

b. Die Mitglieder des Kuratoriums zu 1 - 7 werden vom Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung unmittelbar, die Mitglieder zu 8 - 10 auf Vorschlag des Direktors nach Anhörung des Lehrerkonvents berufen.

c. Den Vorsitz im Kuratorium führt der Kommissar des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, in seiner Vertretung der Direktor der Vereinigten Staatsschulen.

d. Dem Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung bleibt



es vorbehalten, das Kuratorium nach Bedarf zu Sitzungen einzuladen. In jedem Jahr soll mindestens eine Sitzung des Kuratoriums stattfinden.

e. Das Kuratorium nimmt den Verwaltungsbericht des Direktors entgegen. Es kann Anregungen, die sich auf die Organisation und Unterrichtsangelegenheiten der Vereinigten Staatsschulen beziehen, geben. Außerdem behält sich der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vor, gegebenenfalls das Kuratorium zu gutsachtlichen Äußerungen über wichtige Fragen des Kunstschulwesens aufzufordern.

Abschrift

Der Preussische Minister  
für Wissenschaft, Kunst  
und Volksbildung  
U IV Nr. 11685 B. 1

15  
Berlin W 8, den 8. September 1924  
Unter den Linden 4

Unter Bezugnahme auf die mit Ihnen gepflogenen mündlichen Verhandlungen und im Verfolg meines Erlasses vom 8. September d. Js. - U IV 12267 - berufe ich Sie hiermit mit Wirkung vom 1. Oktober d. Js. zum Direktor der Vereinigten Staatsschulen für freie und angewandte Kunst. Besondere Regelung Ihrer Dienstbezüge wird noch ergehen. Ich ersuche Sie, nach Ihrem Dienstantritt das auf Grund meines Erlasses vom 8. September d. Js. - U IV 12267 - Erforderliche umgehend zu veranlassen und mir über das Veranlaßte zu berichten.

( Unterschrift )

An den Direktor der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums,  
Herrn Professor Bruno Paul in Charlottenburg, Hardenbergstraße 33.

Abschrift übersende ich ergebenst zur gefälligen Kenntnis.

gez. B o e l i t z .

An den Herrn Präsidenten der Akademie der Künste in Berlin W 8 .



Die unterzeichneten Maler, Bildhauer und Architekten wollen  
sich an <sup>die Öffentlichkeit und die Volkserziehung</sup> alle kunstinteressierten Kreise mit nachstehenden Darle-

Angesichts der Verarmung unseres Volkes ist die Kunst mehr wie je auf eine verständnisvolle Förderung durch den Staat angewiesen. In Preussen sehen sich aber die Künstler, auch die mit den angesehensten Namen einer behördlichen Behandlung ausgesetzt, die der Würde unseres Standes ins Gesicht schlägt. Vor Parlament und Presse werden wir von behördlichen Organen als unmündig hingestellt, als unfähig in Sachen der Kunst massgebend mitzusprechen, als unfähig zur Leitung von Ausstellungen und Kunstschulen, sogar als unfähig zur Beurteilung des Wertes von Kunstwerken. Wenn einer solchen Bloßstellung der deutschen Künstler nicht aufs Entschiedenste entgegengetreten wird so müssen wir im Inland und Ausland jede Achtung verlieren.

~~Hier einige Beispiele:~~

Bei der grundlos überhasteten Verschmelzung der Hochschule für die bildenden Künste mit der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums sind die gutachtlichen Vorschläge der auf Veranlassung des Landtags eingesetzten Sachverständigenkommission nicht beachtet worden. Die im Widerspruch mit dem Gutachten stehende Verfügung der Regierung ist den Mitgliedern dieser Kommission nicht einmal mitgeteilt worden. Die Verfügung steht auch in krassem Widerspruch mit den klar ausgesprochenen Wünschen von Lehrern und Schülern der Hochschule, der Akademie der Künste und den grossen Verbänden der freien Künstlerschaft.

Bei solchen Massnahmen beruft sich die Behörde auf einzelne von ihr abhängige Künstler und sucht die in jedem Berufstand vorhandenen Meinungsverschiedenheiten zu verschärfen. An der Königsberger Kunstakademie sind durch die Massnahmen der Regierung Zustände ~~entstand~~, die als skandalös bezeichnet werden müssen. Die Leitung der altberühmten Düsseldorfer Akademie ist einem jungen Kunstschriftsteller, einem früheren Assistenten der Berliner Nationalgalerie,

mit Anlaß der  
lebensfrohen  
in Apleha,  
unter dem Eindruck  
der Knappe  
der Prall der Kf-  
bewältigung und  
der Kampf der  
Kf-frohen Kf-frohen

Nicht in einem  
 Kellertaste Kinn  
 je für möglich ge-  
 haltenen Pfanden  
 greifen der Kiste  
 selbst einen Kinn  
 nie. für Kinn.  
 inoffen und für  
 natürliche Kinn  
 auf.

Fr - 25.1/100  
S 0.000

übertragen worden! Die Lehrstelle für Maltechnik an der Hochschule für bildende Kunst in Berlin ist einem Maler übertragen worden, der sich erst <sup>ein Jahr</sup> nach seiner Berufung mit diesem <sup>Lehringen</sup> verantwortungsvollen <sup>Lehr</sup> Gebiete vertraut gemacht hat. <sup>einige Jahre</sup> ~~vertraut gemacht hat.~~ <sup>unser</sup> ~~unser~~

Der verdiente in voller Rüstigkeit des Schaffens stehende Direktor der Hochschule für die bildende Kunst ist zum 1. Juli 1924 abgebsut worden. Nur 2 Tage vor seiner Entlassung ist ihm diese Entschliessung der Kunstverwaltung mitgeteilt worden, nachdem vorher auf alle Weise versucht worden ist, <sup>den freiwilligen Rücktritt</sup> den freiwilligen Rücktritt von ihm zu erlangen. <sup>Zwängen.</sup>

Ein Lehrer der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums, der als Vertreter des mehr als 8000 deutsche Künstler umfassenden Reichswirtschaftsverbandes im Verbandsblatt Kritik an den Massnahmen der Behörde geübt hatte, <sup>sah sich zum</sup> ~~wurde der~~ freiwillige <sup>genötigt</sup> Rücktritt ~~empfohlen und~~ <sup>blieben unbeachtet</sup> ~~der~~ Eingaben und Bitten seiner Schüler ~~in keiner Weise~~ stattgegeben.

Die bestehenden Ausschüsse der Schülerschaft wurden aufgelöst und sollen nach Anweisung des von der Regierung ~~eingesetzten~~ <sup>gegen die Besetzung vorgelegte Wünsche</sup> ~~eingesetzten~~ Direktors neu gewählt werden.

Im Streit des Direktors der Nationalgalerie gegen die Akademie der Künste und ihrem Präsidenten hat die Staatliche Kunstverwaltung einseitig Partei für den Galeriedirektor genommen.

Der Versuch der Regierung der Berliner Künstlerschaft die Möglichkeit zu den seit Jahrzehnten bestehenden grossen Jahres-Kunstausstellungen zu nehmen, ist nur am einmütigen Widerstand der Künstler vorläufig gescheitert.

Die Zustände im Preussischen Kunstleben, die durch dieses willkürliche selbstherrliche Regiment sich herausgebildet haben, und über die bedauerlicherweise auch der Hauptausschuss des Landtags bei seiner letzten Beratung wohl nicht genügend informiert war, sind der ~~gesamten~~ Kunstlerschaft heute völlig un er tr ä g =

Die gutachtliche Mitwirkung <sup>größerer jurist.</sup> bei staatlichen Ankäufen wird grundsätzlich abgelehnt.

l i o h geworden. Sie verlangt dringend Abhilfe, sie verlangt, dass der sachverständige Rat der Künstler in Angelegenheiten der Kunstverwaltung gehört und berücksichtigt wird.

Wir erklären, dass die Künstlerschaft nach den angeführten Vorgängen der letzten Zeit das Vertrauen auf eine sachliche den allgemeinen künstlerischen Interessen dienende Amtsführung der gegenwärtigen Beamten des Kunstreferats im Preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung verloren hat. Wir <sup>haben uns</sup> sind genötigt die ~~scharfste Missbilligung~~ <sup>mit Hilfe zu unterstützen</sup> der vom Ministerium verfolgten ~~einseitigen persönlichen Kunstpolitik~~ <sup>des</sup> jedes Interesse und Wohlwollen für die Künstlerschaft vermissen lässt und die Meinung ihrer namhaftesten Vertreter verächtlich bei Seite setzt. Die Künstlerschaft verlangt dringend Abhilfe der unhaltbar gewordenen Zustände und Einräumung eines Mitbestimmungsrechts bei allen wichtigen Kunstangelegenheiten.

Unterschriften



E r k l ä r u n g

Der amtliche Pressedienst der Preussischen Regierung verbreitet, wie ich aus einer Berliner Zeitung ersehe, eine Notiz, durch die das Kunstreferat des Kultusministeriums gegen die Angriffe, denen es wegen der Zusammenlegung der Hochschule für die bildenden Künste und der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums ausgesetzt ist, verteidigt werden soll. Hierbei werden zur Unterstützung des Ministeriums zustimmende Aeufferungen von mir ins Feld geführt. Diese Hinweise sind richtig aber - unvollständig und daher ungeeignet, den Zweck ihrer Erwähnung zu erfüllen. Ich befand mich und befinde mich noch heute in voller Uebereinstimmung mit dem Ministerium über den G r u n d g e d a n k e n der Reform und einer räumlichen Zusammenlegung der beiden Kunstlehranstalten, nicht aber bezüglich der vollständigen Verschmelzung beider. Ich habe mit Bestimmtheit ausgesprochen, daß ich absolut dagegen bin, daß bei einer Zusammenlegung beider Anstalten die Hochschule für die bildenden Künste von der Kunstgewerbeschule verschlungen wird. Ich habe auch niemals das Ministerium darüber im Zweifel gelassen, daß die äußere Form der neuen Doppelanstalt, ihr Reglement nichts, dagegen dessen Ausführung durch eine geeignete leitende Persönlichkeit alles ist und daß ich den Absichten der Kunstverwaltung bezüglich der dieser geeignet erscheinenden Persönlichkeit auf das Entschiedenste entgegenzutreten gezwungen bin. - Die diesen Gegensatz verschweigende amtliche Auslassung ist daher irreleitend.

Berlin, den 27. Oktober 1924

Max L i e b e r m a n n

Um Aufnahme vorstehender Erklärung in Ihr geschätztes Blatt  
bittet  
mit vorzüglicher Hochachtung



Akademie der Künste zu Berlin

J. Nr.

Berlin W 8, den 5. November 1924  
Pariser Platz 5

Die Genossenschaft der Mitglieder beider Sektionen der Akademie hat sich in ihrer letzten Sitzung mit der Angelegenheit der erfolgten Zusammenlegung der Hochschule für die bildenden Künste und der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums zu den Vereinigten Staatsschulen für freie und angewandte Kunst befaßt. Auf Grund des von der Versammlung gefaßten Beschlusses beehre ich mich Euer Hochwohlgeboren folgendes ergebenst vorzutragen:

Die Akademie muß es als eine durch keinerlei sachliche Gründe gerechtfertigte Zurücksetzung empfinden, daß sie, die staatliche Vertretung der Künstlerschaft, kraft ihres Statuts zur Mitberatung bei allen wichtigen Angelegenheiten des Kunstlebens berufen, bei der endgültigen organisatorischen Zusammenlegung der beiden Kunstlehranstalten, bei der Aufstellung der Bestimmungen für die neue Anstalt und bei der Wahl des Direktors nicht zugezogen, sondern völlig übergangen worden ist. Nach der räumlichen Zusammenlegung ist die völlige innere Verschmelzung der beiden so verschiedenartigen Anstalten verfügt und der Akademie, der Künstlerschaft, der Lehrerschaft sowie dem Landtage gegenüber eine vollendete Tatsache geschaffen worden, wobei sogar die Vorschläge der zur Vorberatung der Angelegenheit ein-

gebrachten

An  
den Herrn Minister  
für Wissenschaft, Kunst  
und Volksbildung

gesetzten Kommission, die durchwegs sachgemäß und annehmbar waren, unbeachtet geblieben sind. Die Beteiligung der Akademie bei der Aufstellung von Statuten für die neue Lehranstalt ist unberührt geblieben, obwohl die Hochschule, die einen Teil dieser neuen Anstalt bildet, zum Bereich der Akademie gehört (§ 2 des Statuts der Akademie), ihr Statut ein Teil des Statuts der Akademie bildet (§ ..... bis § ....) und der Senat der Akademie berufen ist, über die Angelegenheiten dieses Statuts, insbesondere über seinen Lehrplan und seine Leitung mitzubefinden (§ ..... und § ..... des Statuts). In den neu aufgestellten Bestimmungen ist die Akademie fast ganz ausgeschaltet, abgesehen von der Bestimmung, daß der Präsident dem Kuratorium der neuen Anstalt angehört. Die Bedeutung dieses Kuratoriums scheint uns aber gegenüber den Machtvollkommenheiten des Direktors recht gering, ja geradezu illusorisch zu sein.

Das Statut der Akademie hat noch volle Rechtskraft und es ist uns daher unbegreiflich, wie es möglich ist, daß verbriefte Rechte eines staatlichen Instituts in solcher Weise bei Seite geschoben werden. Es ist nicht nur gutes Recht, sondern heilige Pflicht der Akademie gegen solche ihrer und der ganzen Künstlerschaft unwürdiges Verfahren zu protestieren. Man ist niemals einem Stande derartig geboten worden, wie heute dem Künstlerstande.

Daß Euer Hochwohlgeboren, Kurator an unserer Akademie, diese Vorgänge hinnehmen ohne für die Rechte der Akademie einzutreten und ihr den ihr schuldigen Schutz, um den der Unterzeichnete wiederholt gebeten hat, zu gewähren, ist für die Akademie

trauerlich



tief bedauerlich. Durch die Beiseitesetzung aller künstlerisch-sachverständigen Vertretungen, voran der Akademie, bei der Regelung der wichtigsten Angelegenheiten der Kunstverwaltung, ist in der Künstlerschaft eine große Erbitterung entstanden, die auch Eurer Hochwohlgeboren nicht unbekannt geblieben sein kann. Akademie und freie Künstlerschaft <sup>fragen sich</sup>, wann Eurer Hochwohlgeboren mit energischer Hand eingreifen wollen, um <sup>den</sup> durch das selbetherliche Verfahren der Kunstverwaltung herbeigeführten unhaltbaren Zuständen <sup>abzuheilen</sup>. Der ~~off~~ vorgebrachte Einwand, mit den unter sich uneinigen Künstlern, mit den nach verschiedensten Richtungen auseinanderstrebenden Gruppen der Künstlerschaft könne die staatliche Kunstverwaltung nicht ersprießlich arbeiten, dürfte heute wohl kaum mehr verfangen. In der Verurteilung der durch das persönliche Regiment der Kunstverwaltung geschaffenen Zustände, ist die Künstlerschaft ~~einig~~ <sup>bei</sup> ~~einig~~, und wenn hierauf die wenigen von der Kunstverwaltung persönlich ~~unterstützten~~ protegierten und von ihr abhängigen Künstler bei Seite stehen, ~~es~~ <sup>liegt</sup> ist dies kein Beweis ~~dafür~~, sondern eher für die Einigkeit.

Von einer absoluten Verkenntung der natürlichen Rechte der Künstlerschaft und ihrer staatlichen Vertretung, der Akademie der Künste, scheint die Kunstverwaltung bei ihren Maßnahmen, die nun genug Verwirrung und Erbitterung im Kunstleben angerichtet haben, auszugehen. Aus wohlberechtigter Selbstachtung darf der Unterzeichnete vielleicht hinzufügen, daß auch seine Stellung im Kunstleben, in dem er seit mehr als 30 Jahren wirkt, anscheinend verkannt wird.

Auf

Auf Wunsch seiner Kollegen hat er für ein fünftes <sup>etwa sechs Jahren</sup> Jahr das Präsidium der Akademie übernommen und stets <sup>hing</sup> darauf gerechnet, daß er auf die ihm seitens des Ministeriums wiederholt zugesicherte Unterstützung rechnen ~~darf~~ <sup>darf</sup>. Da ihm diese Unterstützung in den bedeutungsvollsten Momenten <sup>seiner amtlichen Tätigkeit</sup> nicht zuteil geworden ist, hätte er sich längst aus seiner Tätigkeit im öffentlichen Kunstleben zurückgezogen, wenn ihm nicht der dringende Wunsch seiner Kollegen, wie das Gefühl seiner ~~Katholiken~~ Pflicht gegenüber der Akademie und der Künstlerschaft halten würde.

Der Präsident



A k a d e m i e d e r K ü n s t e z u B e r l i n

J. Nr. 382

Berlin W 8, den 5. November 1924  
Pariser Platz 4

*Entsch. d. Kommission d. K. u. K. f. d. K. u. K.  
d. d. Unterrichtsanstalt d. K. u. K. d. K. u. K.*

Die Genossenschaft der Mitglieder beider  
Sektionen der Akademie hat sich in ihrer letzten  
Sitzung mit der Angelegenheit der erfolgten Zusam-  
menlegung der Hochschule für die bildenden Künste  
und der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums  
zu den Vereinigten Staatsschulen für freie und an-  
gewandte Kunst befaßt. Auf Grund des von der Ver-  
sammlung gefaßten Beschlusses beehre ich mich Eurer  
Hochwohlgeboren Folgendes ergebenst vorzutragen :

Die Akademie muß es als eine durch keiner-  
lei sachliche Gründe gerechtfertigte Zurücksetzung  
empfinden, daß sie, die staatliche Vertretung der  
Künstlerschaft, kraft ihres Statuts zur Mitberatung  
bei allen wichtigen Angelegenheiten des Kunstlebens  
berufen, bei der endgültigen organisatorischen Zu-  
sammenlegung der beiden Kunstlehranstalten, bei der  
Aufstellung der Bestimmungen für die neue Anstalt  
und bei der Wahl des Direktors nicht zugezogen, son-  
dern völlig übergangen worden ist. Nach der räum-  
lichen Zusammenlegung ist die ~~völlig~~ innere Ver-  
schmelzung der beiden so verschiedenartigen Anstalten  
verfügt und der Akademie, der Künstlerschaft, der  
Lehrerschaft sowie dem Landtage gegenüber eine vollen-  
dete Tatsache geschaffen worden, wobei sogar die  
Vorschläge der zur Vorberatung der Angelegenheit ein-

An  
den ~~Herrn~~ Minister  
für Wissenschaft, Kunst  
und Volksbildung

*Herrn M. Borchert  
Kurator der Akad. d. K. u. K.*

gesetzten



*Empfand Empfund*  
gesetzten Kommission, die ~~durchaus~~ sachgemäß und an-  
nehmbar waren, unbeachtet geblieben sind. Die Be-  
teiligung der Akademie bei der Aufstellung von Sta-  
tuten für die neue Lehranstalt ist unterblieben, ob-  
wohl die Hochschule, die einen Teil dieser neuen  
Anstalt bildet, zum Bereich der Aka-  
demie gehört (§ 2 des Statuts der Akademie),  
ihr Statut ein Teil des Statuts der Akademie bildet  
(§ 42 bis § 45) und der Senat der Akademie be-  
rufen ist, über die Angelegenheiten dieses ~~Statuts~~  
insbesondere über seinen Lehrplan und seine Leitung  
mitzubefinden (§ 20, 34 und 35 des Statuts).  
In den neu aufgestellten Bestimmungen ist die Aka-  
demie fast ganz ausgeschaltet, abgesehen von der Be-  
stimmung, daß der Präsident dem Kuratorium der neuen  
Anstalt angehört. ~~Die Bedeutung dieses Kuratoriums~~  
~~scheint uns aber gegenüber den Machtvollkommenheiten~~  
~~des Direktors recht gering, ja geradezu illusorisch~~  
~~zu sein.~~

Das Statut der Akademie hat noch volle  
Rechtskraft und es ist uns daher unbegreiflich, wie  
es möglich ist, daß verbriefte Rechte eines staat-  
lichen Instituts in solcher Weise bei Seite gescho-  
ben werden. Es ist nicht nur gutes Recht, sondern  
heilige Pflicht der Akademie ~~gegen solches Vorgehen~~  
~~der ganzen Künstlerschaft unwürdigen Verfahrens zu~~  
~~protestieren. Wann ist jemals einem Stande derarti-~~  
~~ges geboten worden, wie heute dem Künstlerstande?~~

Das Euer Hochwohlgeboren, Kurator ~~der~~ un-  
serer Akademie, diese Vorgänge hinnehmen ohne für  
die Rechte der Akademie einzutreten und ihr den ihr  
schuldigen Schutz, um den der Unterzeichnete wieder-  
holt gebeten hat, zu gewähren, ist für die Akademie  
tief

249  
tief bedauerlich. Durch die Beiseitesetzung aller  
künstlerisch-sachverständigen Vertretungen, voran  
der Akademie, bei der Regelung der wichtigsten An-  
gelegenheiten der Kunstverwaltung, ist in der Künstler-  
schaft eine große Erbitterung entstanden, die auch  
Eurer Hochwohlgeboren nicht ~~unbekannt~~ <sup>bekannt</sup> geblieben sein  
kann. Akademie und freie Künstlerschaft ~~sagen sich~~  
~~ap~~ <sup>ap</sup> Euer Hochwohlgeboren mit energischer Hand ein-  
greifen ~~wollen~~ <sup>wollen/enden</sup>, um durch das selbsterherrliche Ver-  
fahren der Kunstverwaltung herbeigeführten unhalt-  
baren Zuständen ~~abzuweichen~~ <sup>abzuweichen</sup>. Der oft vorgebrachte Ein-  
wand, mit den unter sich uneinigen Künstlern, mit den  
nach verschiedensten Richtungen auseinanderstrebenden  
Gruppen der Künstlerschaft, könne die staatliche  
Kunstverwaltung nicht ersprießlich arbeiten, dürfte  
heute wohl kaum mehr verfangen. In der Verurteilung  
der durch das persönliche Regiment der Kunstver-  
waltung geschaffenen Zustände, ist die Künstler-  
schaft ~~völlig~~ <sup>hier</sup> einig, und wenn ~~hieraus~~ <sup>hier</sup> die wenigen  
~~von der Kunstverwaltung persönlich protegierten~~  
~~und von ihr abhängigen Künstler bei~~  
~~Seite stehen, so ist dies kein Beweis~~ <sup>gegen</sup> ~~sondern~~  
~~eben für die Einigkeit.~~

~~Von einer absoluten Verkennung der natürli-  
chen Rechte der Künstlerschaft und ihrer staatlichen  
Vertretung, der Akademie der Künste, scheint die  
Kunstverwaltung bei ihren Maßnahmen, die nun genug  
Verwirrung und Erbitterung im Kunstleben angerichtet  
haben, auszugehen. Aus wohlberachteter Selbstachtung  
darf der Unterzeichnete vielleicht hinzufügen, daß  
auch seine Stellung im Kunstleben, in dem er seit  
mehr als 30 Jahren wirkt, anscheinend verkannt wird.~~

Auf

Abt.!

Lehrbeauftragter

Auf Wunsch seiner Kollegen hat ~~er~~ für ein fünftes  
Jahr das Präsidium der Akademie übernommen und ~~stets~~  
~~darauf gerechnet, daß er~~ <sup>noch</sup> auf die ihm seitens des  
Ministeriums wiederholt zugesicherte Unterstützung  
~~rechnen darf~~ <sup>rechnen</sup> Da ihm diese Unterstützung in den be-  
deutungsvollsten Momenten <sup>seiner ausübigen Tätigkeit</sup> nicht zuteil geworden ist,  
hätte er sich längst aus seiner Tätigkeit im öffent-  
lichen Kunstleben zurückgezogen, wenn ihn nicht der  
dringende Wunsch seiner Kollegen / wie das Gefühl  
seiner ~~Kollegen~~ Pflicht gegenüber der Akademie und  
der Künstlerschaft halten würde.

Der Präsident

ML

ML



Sicherungsverfilmung

Landesarchiv Berlin

# Preußische Akademie der Künste

**Band:**

**AA / 24**

**- - Ende - -**